

KARIKATUR DER WOCHE



Europa muss sich bei der Rüstung zusammentun

Die Verteidigungsbudgets der Länder sind jüngst stark angestiegen. Aber mehr Geld allein macht Europa nicht sicherer. Gastkommentar von Lucas Hellemeier und Sebastian Hoppe

Im Februar 2022 rief der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz eine «Zeitenwende» aus und kündigte eine massive Erhöhung der Verteidigungsausgaben an. Nachdem die anfängliche Euphorie über die Entschiedenheit seiner Rede verflogen war, stellte sich schnell die Frage, wie die versprochenen Milliarden für die deutsche Sicherheit am besten ausgegeben werden sollten.

Andere Mitgliedstaaten der EU, die zum Teil ihre eigenen Zeitenwenden erleben, stehen vor ähnlichen Problemen: Wie die jüngsten Zahlen des Internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstituts (Sipri) zeigen, stiegen die Militärausgaben der west- und zentraleuropäischen Staaten im Jahr 2022 auf insgesamt 345 Milliarden Dollar und damit auf ein Niveau, das in realer Geldwertentwicklung über jenem zum Ende des Kalten Krieges lag. Die Zuwächse der Verteidigungshaushalte sind mitunter enorm und liegen im Falle von Polen oder Schweden bei mehr als 10, im Falle Finnlands und Litauens bei um die 30 Prozent.

Abhängigkeit von den USA

Die 180-Grad-Wende bei den Verteidigungsausgaben nach Ausbruch des Angriffskriegs gegen die Ukraine verändert in fundamentaler Weise die Bedingungen, unter denen die europäische Rüstungswirtschaft operiert. Seit dem Beginn der russischen Invasion haben EU-Staaten Rüstungsaufträge im Wert von fast 100 Milliarden Euro abgeschlossen.

Mehr Geld allein macht jedoch noch keine europäische Sicherheitspolitik. Denn sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Union selbst stehen vor der Entscheidung, ob von dem neuen Geldsegen schnell verfügbare Rüstungsgüter aus den USA gekauft werden sollen oder man nach Jahrzehnten des Produktionsrückgangs eigene neue Kapazitäten und Kooperationen in Europa schaffen will.

Eine Antwort kann weder allein auf technischer Ebene noch unter Verweis auf die Kosten und den geopolitischen Zeitdruck gegeben werden. Denn

mit ihr sind weitreichende strategische Weichenstellungen verbunden, die Europas zukünftige militärische Abhängigkeit von den USA, die konkrete Ausgestaltung der anvisierten «strategischen Autonomie» sowie das notwendige Ausmass rüstungswirtschaftlicher Kooperation zwischen den EU-Mitgliedstaaten betreffen.

Prinzipiell haben europäische Staaten drei Möglichkeiten, militärische Güter zu erwerben: Zum einen können sie das benötigte Gerät auf dem Weltmarkt erstehen. Oft bedeutet das, Bestellungen auf dem mit Abstand grössten Rüstungsmarkt in den USA zu tätigen. Laut Sipri sind die USA mit 40 Prozent Marktanteil der weltweit mit Abstand grösste Exporteur. Von den erwähnten 100 Milliarden Euro europäischer Rüstungsaufträge seit Februar 2022 gehen 78 Prozent ins Nicht-EU-Ausland, wovon die USA wiederum 80 Prozent ausmachen.

Zum anderen könnten sich europäische Staaten entscheiden, Rüstungsgüter aus kooperativer Entwicklung und Produktion zu beziehen. Rüstungsk Kooperationen versprechen eine Reihe von Vorteilen: Kosten können geteilt werden, die Streitkräfte verfügen über das gleiche Material, was wiederum die Interoperabilität steigert. Zudem können durch grössere Stückzahlen in der Produktion skalenökonomische Effekte erzielt, also die Stückkosten gesenkt werden.

Den Kosteneffekt, den die USA aufgrund ihrer hohen Verteidigungsausgaben erzielen, könnten die Europäer somit durch gemeinsame Anstrengungen herstellen. Allerdings zeigen die andauernden Querelen in den deutsch-französischen Vorzeigeprojekten zur gemeinsamen Entwicklung eines europäischen Kampfflugzeugs (FCAS) und eines Leopard-2-Nachfolgers (MGCS), dass diese Vorteile bis anhin vor allem theoretischer Natur sind. In vielen Hauptstädten scheinen die Nachteile entsprechender Kooperationen, die eine teilweise Aufgabe nationaler Autonomie zugunsten gemeinsamer Handlungsfähigkeit bedeuten, als gewichtiger eingeschätzt zu werden.

Schliesslich können Staaten ihre Rüstungsgüter national entwickeln und produzieren lassen, um den mit der Kooperation verbundenen Schwierigkeiten zu entgehen. Das ist jedoch mit erheblichen Kosten verbunden. Nur wenige europäische Staaten besitzen überhaupt die notwendigen industriellen Kapazitäten. Als Alternative zur Eigenentwicklung bietet sich die Lizenzproduktion von im Ausland entwickelten Rüstungsgütern an. Diesen Weg verfolgt vor allem Polen in der Panzerproduktion.

Strategische Autonomie

An der Kooperationsbereitschaft im Verteidigungsbereich wird sich letztlich zeigen, wie ernst es den Staats- und Regierungschefs jenseits von Sonntagsreden tatsächlich mit einer grösseren strategischen Autonomie der EU ist. Es besteht die Gefahr, dass der europäische Rüstungssektor trotz hohen Verteidigungsetats und der neuen Bedrohungslage durch Russlands Militarismus nicht zum Objekt vertiefter Integration, sondern zum Spaltplatz wird, der die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit der Union unterminiert.

Nicht zu unterschätzen ist auch das Dilemma, vor dem in diesem Zusammenhang die USA stehen: Auf der einen Seite fordern sie mehr europäisches verteidigungspolitisches Engagement, was aber nicht zulasten der US-geführten Nato gehen darf. Auch die amerikanische Rüstungsindustrie sieht in diesem Fall die Gefahr, dass sich bisherige Käufer in neue Konkurrenten auf der anderen Seite des Atlantiks verwandeln könnten.

Mehr europäische Kooperation im Verteidigungsbereich ist somit auf gleichzeitige diplomatische Abstimmung mit der Nato und den USA angewiesen. Das spiegelt die Doppelrolle Europas als transatlantischer Verbündeter auf der einen sowie rüstungsindustrieller Konkurrent auf der anderen Seite wider.

Ein konsolidierterer Rüstungssektor in Europa würde nicht nur die Industriestruktur stärken, sondern den aussenpolitischen Spielraum der EU im Sinne strategischer Autonomie erhöhen. Eine durch Addition nationaler Marktanteile erhöhte Marktmacht würde es den Europäern erlauben, wie ein Rüstungskartell zu agieren.

Nicht zuletzt ergibt sich für die europäische Rüstungsindustrie aus einer effektiven europäischen Konsolidierung die Chance, ihr Image nachhaltig zu verbessern. Wenn umstrittene Rüstungsexporte in menschenrechtlich zweifelhafte Länder wie Saudiarabien weniger die Schlagzeilen bestimmten, würde das vermutlich zu einer breiteren gesellschaftlichen Akzeptanz beitragen.

Lucas Hellemeier ist Doktorand am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin. Sebastian Hoppe ist Kurator der Wissenschaftsplattform Te.ma, Doktorand an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Gastwissenschaftler am Scripts Cluster of Excellence der Freien Universität Berlin.

Es gilt zu entscheiden, ob schnell verfügbare Rüstungsgüter aus den USA gekauft werden sollen oder man nach Jahrzehnten des Produktionsrückgangs eigene Kapazitäten schaffen will.